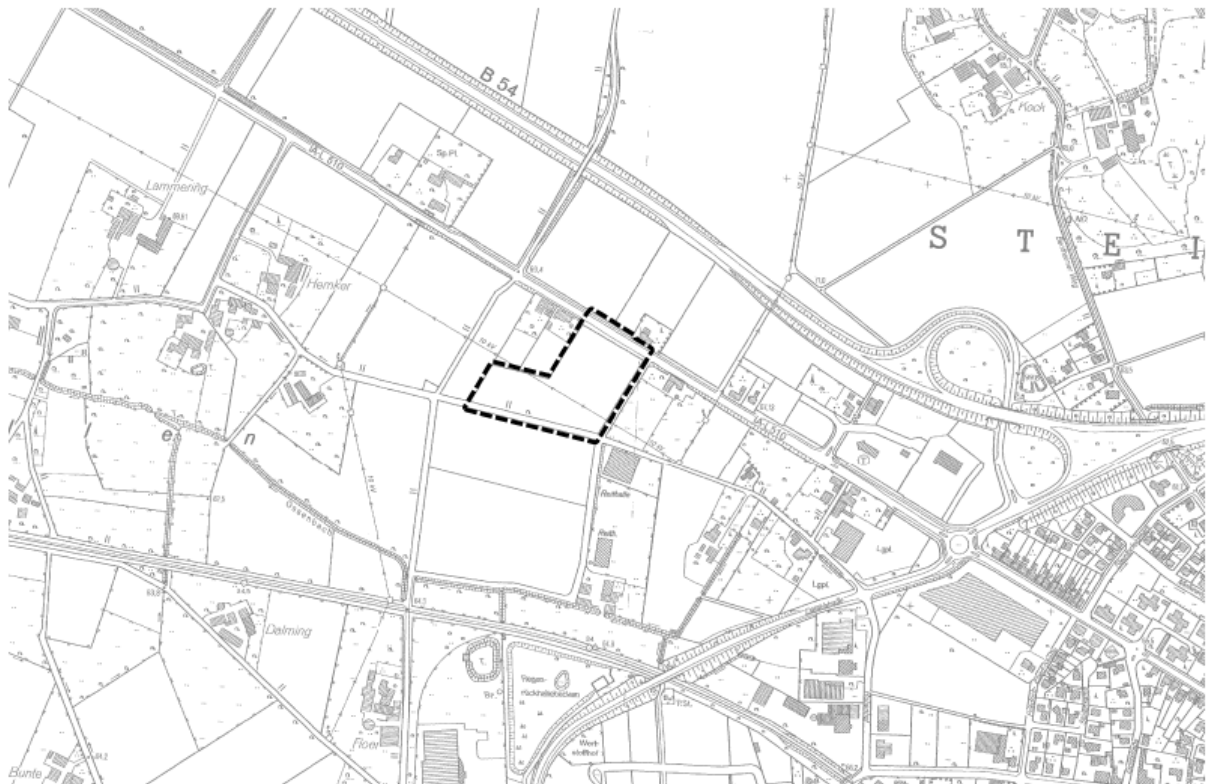


Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

Bebauungsplan Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil III“

Begründung



Stand: Beteiligung nach § 3 (1) und § 4 (1) BauGB



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

1. Planungsanlass	1
2. Räumlicher Geltungsbereich und angrenzende Nutzungen	1
3. Einordnung in übergeordnete Planungen	2
3.1. Regional- und Landesplanung	2
3.2. Flächennutzungsplan	2
4. Planfestsetzungen	3
4.1. Art der baulichen Nutzung	3
4.2. Maß der baulichen Nutzung	4
4.3. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche	5
4.4. Gestaltung	5
4.5. Grünflächen und Anpflanzungen	6
5. Verkehrliche Erschließung	7
6. Ver- und Entsorgung	7
7. Flächenbilanz	8
8. Auswirkungen der Planung	9
8.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft	9
8.2. FFH-Verträglichkeit	9
8.3. Artenschutz	10
8.4. Immissionsschutz	10
8.5. Klimaschutz	11
8.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen	11
8.7. Denkmalschutz	13
8.8. Bodenordnung	13
8.9. Kampfmittel	13
9. Verfahren	14

1. Planungsanlass

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 06.02.2020 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil III“ gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Städtebauliches Ziel ist es, Planungsrecht für zusätzliche Gewerbegebiete in nordwestlicher und verkehrsgünstiger (Rand-)Lage zur Landesstraße L 510 und zur Bundesstraße B 54 des Stadtteiles Burgsteinfurt zu schaffen.

Im Jahr 2000 wurde der Bebauungsplan Nr. 63 „Gewerbegebiet Seller Esch“ zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Gewerbegebiet im Nordwesten des Stadtteiles Burgsteinfurt mit unmittelbarem Anschluss an die Bundesstraße B 54 aufgestellt. Das Gewerbegebiet umfasst eine Größe von rund 4,5 ha. In 2015 wurde das Gewerbegebiet durch den Bebauungsplan Nr. 63a „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil II“ in Richtung Westen um ca. 6,5 ha erweitert. Die Flächen befanden sich sowohl zwischen der B 54 und der Ochtruper Straße (L 510) als auch südlich der L 510 für weitere Gewerbegrundstücke und das zur Entwässerung beider Gewerbegebiete erforderliche Regenrückhaltebecken. Die Grundstücke in diesen beiden zuletzt geschaffenen Gewerbegebieten in Burgsteinfurt sind weitgehend bebaut und/oder kürzlich veräußert worden, sodass mit einer weiteren Bebauung der Flächen zu rechnen ist. Im Sinne der § 1 (5) und (6) BauGB ist es unter anderem städtische Aufgabe, Flächenangebote für Gewerbebetriebe vorzuhalten. Vor diesem Hintergrund hat die Kreisstadt Steinfurt in 2018 eine rund 18.950 qm große Fläche erworben, die sich unmittelbar südwestlich an die bestehenden Gewerbegebiete / Bebauungspläne Nr. 63 und 63a anschließt. Aufgrund der bei der Stadt vorliegenden Nachfragen bietet es sich an, hier ein Angebot für sehr kleine Handwerksbetriebe und Start-Ups zu schaffen. Eine solche Entwicklung stellt eine sinnvolle Ergänzung zum Bestand dar, in dem bisher mehrheitlich größere Betriebe angesiedelt sind. Angedacht ist die Errichtung eines Gebäudekomplexes, in dem die zahlreichen, kleinen Einheiten an Unternehmen vermietet werden. Somit ist dieses als Angebot zu verstehen, das sich an das Konzept des GRIPS an der Fachhochschule Burgsteinfurt anlehnt, jedoch Betriebe mit einem gewissen Emissionsgrad ermöglicht. Ziel ist somit die Schaffung eines Gewerbehofes und auf der freien Fläche die Ansiedlung eines Betriebes mit größerem Flächenbedarf.

Da die vorgesehenen Gewerbegebietsflächen im planungsrechtlichen Außenbereich gemäß § 35 BauGB liegen, ist die Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 1 (3) BauGB für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich. Bei der Bauleitplanung werden insbesondere die Belange der Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen (§ 1 (6) Nr. 8c BauGB) berücksichtigt.

2. Räumlicher Geltungsbereich und angrenzende Nutzungen

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich am nordwestlichen Siedlungsrand des Ortsteils Burgsteinfurt unmittelbar angrenzend an das Gewerbegebiet Seller Esch und ist auf dem Deckblatt der Begründung dargestellt. Er umfasst eine auf dem Flurstück 141, Flur 43 in der Gemarkung Burgsteinfurt zu landwirtschaftlichen Zwecken genutzte Ackerfläche zwischen der Landesstraße L 510 (Ochtruper Straße) im Norden und dem Wirtschaftsweg „Sellen“ im Süden. In den räumlichen Geltungsbereich werden auch diese beiden noch nicht durch eine Bauleitplanung gefassten Straßenparzellen in dem jeweiligen unmittelbar angrenzenden Abschnitt einbezogen. Zu den einbezogenen Flächen gehören Teile der Flurstücke 275 und 431, Flur 43 in der Gemarkung Burgsteinfurt. Der räumliche Geltungsbereich hat

damit eine Größe von insgesamt ca. 22.630 qm. Die Ackerfläche weist entsprechend ihrer intensiven Bewirtschaftung neben schmalen Säumen keine besonderen Strukturelemente auf. Die drei an der südlichen Grenze stockenden Laubbäume sowie die dort verlaufende Grabenparzelle sind Bestandteil des Wirtschaftswegesystems „Sellen“, welches auch unmittelbar auf der Ostseite angrenzt und hier den räumlichen Geltungsbereich begrenzt. Im westlichen Nahbereich verläuft die Straße „Seller Schulweg“, sodass das Plangebiet nahezu von allen Seiten von Straßen und Wegeparzellen mit ihren Böschungen und Säumen umringt ist.

Nördlich und nordwestlich des Geltungsbereiches befinden sich drei Wohnhäuser mit Zier- und Nutzgärten (Sellen 42-44 an der Ochtruper Straße). Im Südosten ist der integrative Reitverein e.V. Pegasus mit den entsprechenden (Außen-)Anlagen beheimatet. Das weitere Umfeld wird aufgrund der Nähe zu den bestehenden und planungsrechtlich gesicherten Gewerbegebieten als auch aufgrund der Lage im Außenbereich und den Übergängen zur freien Landschaft sowohl gewerblich im Norden und Nordosten als auch landwirtschaftlich mit einzelnen Hofstellen und großen Ackerschlägen im Süden und Südwesten genutzt. Das Gelände fällt von der L 510 mit einer Höhe von etwa 68,00 Meter über Normalhöhennull (m ü NHN) in Richtung Süden zum Ossenbach auf etwa 63,50 m ü NHN und steigt in nordwestlicher Richtung auf etwa 805,00 m ü NHN im Bereich der Fahrbahn der Bundesstraße B 54 an.

3. Einordnung in übergeordnete Planungen

3.1. Regional- und Landesplanung

Gemäß § 1 (4) BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Der Regionalplan Münsterland legt für den Regierungsbezirk Münster die räumlichen und strukturellen Entwicklungen als raumplanerisches Gesamtkonzept fest. Er koordiniert die unterschiedlichen Flächenansprüche an den Raum und gibt als Planungsgrundlage Rahmenbedingungen für die Flächennutzungspläne vor.

Im seit dem 27.06.2014 wirksamen Regionalplan Münsterland ist der Planbereich großflächig als „Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)“ festgelegt. Damit entspricht die beabsichtigte Planung den Zielen der Raumordnung.

3.2. Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) als vorbereitender Bauleitplan stellt gemäß § 5 (1) BauGB für das ganze Stadtgebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen in den Grundzügen dar.

Im seit dem 20.03.2000 wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist der Planbereich großflächig als „Gewerbliche Baufläche“ dargestellt.

Die Planungsabsichten („Gewerbegebiete“) korrespondieren mit den Vorgaben des Flächennutzungsplanes. Die Übereinstimmung zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung ist gemäß § 8 (2) Nr. 1 BauGB gewährleistet, sodass die geordnete städtebauliche Entwicklung nicht beeinträchtigt wird. Zur Umsetzung der Planung ist keine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich.

4. Planfestsetzungen

4.1. Art der baulichen Nutzung

Entsprechend der städtebaulichen Zielvorstellungen werden gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB als Art der baulichen Nutzung „Gewerbegebiete“ gemäß § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) festgesetzt, welche sich insbesondere aufgrund unterschiedlicher maximaler Sockelhöhen in die Gewerbegebiete 1-8 (GE 1-8) gliedern. Die Gewerbegebiete dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben. Die zulässigen gewerblichen Nutzungen sind sowohl aus Immissionsschutzgründen für ein verträgliches Nebeneinander mit umliegenden schützenswerten (Wohn-)Nutzungen im Außenbereich und in vorhandenen Gewerbegebieten als auch aus entwässerungstechnischen Gründen hinsichtlich des zu erwartenden Verschmutzungsgrades des anfallenden Niederschlagswassers ergänzend nach der Art der Betriebe und Anlagen und deren besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften gemäß § 1 (4) Nr. 2 BauNVO durch die Abstandsliste 2007 eingeschränkt. Unzulässig sind demnach in den Gewerbegebieten 1-7 (GE 1-7) die Betriebsarten der in den Abstandsklassen I-VII und im Gewerbegebiet 8 (GE 8), welches der Ansiedlung eines Betriebes mit größeren Flächenbedarfen dient, die Betriebsarten der in den Abstandsklasse I-VI aufgeführten Anlagen-/Betriebsarten (siehe Anhang).

Im Sinne einer größeren Flexibilität soll es jedoch Gewerbetreibenden ermöglicht werden, diese Mindestabstände zu unterschreiten, wenn sie durch besondere Maßnahmen den notwendigen Immissionsschutz im Einzelfall sicherstellen können. Damit werden die Abstandsregelungen angesichts der vorhandenen Rahmenbedingungen maximal ausgenutzt. Die Realisierung weiterer Abstandsklassen bzw. Betriebe mit höheren Anforderungen ist im weiteren Stadtgebiet, z.B. Gewerbegebiet „Sonnenschein Süd“ oder „Wilmsberg – Süd II“), grundsätzlich möglich. Betriebsbereiche gemäß § 3 (5a) BImSchG bzw. Anlagen, in denen entsprechende Mengen gefährlicher Stoffe eingesetzt werden und die aufgrund dessen unter den Geltungsbereich der 12. BImSchV (Störfallverordnung) fallen, sind aufgrund ihres Konfliktpotenziales insbesondere hinsichtlich der Wohngebäude im nahen Umfeld gemäß § 1 (9) i.V.m. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO unzulässig.

Sex-Shops und Vorführräume, deren Zweck auf Darstellungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist, sowie Bordelle und bordellähnliche Betriebe sind ebenso unzulässig. Vergnügungsstätten sind gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. Beide Nutzungen könnten Störungen im Planbereich und dem Umfeld hervorrufen, die zu städtebaulichen Spannungen führen könnten und einen negativen Einfluss auf die Grundstückspreise sowie die Vermarktbarkeit haben könnten. Insgesamt würden diese Nutzungen die städtebaulichen Zielvorstellungen konterkarieren.

Damit die gewerblichen Nutzungen durch Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter nach § 8 (3) Nr. 1 BauNVO nicht übermäßig eingeschränkt werden, ist im Bebauungsplan festgesetzt, dass diese Ausnahme nur innerhalb der Gewerbegebiete 7 und 8 (GE 7 und 8) und nicht innerhalb des beabsichtigten Gewerbehofes zugelassen werden kann.

Darüber hinaus sind Einzelhandelsnutzungen und -läden als Unterart des Begriffs „Gewerbebetriebe aller Art“ gemäß § 1 (5) u. (9) BauNVO unzulässig. Städtebauliches Ziel ist es, das Gewerbegebiet für gewerbegebietstypische Nutzungen vorzuhalten. Gleichzeitig wird erreicht,

dass der Einzelhandel nicht am Ortsrand, sondern im Ortskern angeordnet wird. Ausnahmsweise können Verkaufsstätten zugelassen werden, sofern sie im unmittelbaren Zusammenhang mit einem Produktions-/Dienstleistungsbetrieb stehen. Die Verkaufsfläche muss sich dem jeweiligen Betrieb deutlich unterordnen und darf in Anlehnung an die Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 63 und 63a eine Größe von 200,00 qm nicht überschreiten. Damit wird den Grundsätzen des Einzelhandelskonzeptes für die Kreisstadt Steinfurt mit dem sogenannten „Handwerkerprivileg“ entsprochen.

4.2. Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 (2) BauNVO bestimmt durch die Festsetzung der Grundflächenzahl, der Geschossflächenzahl, der Zahl der Vollgeschosse sowie der Höhe baulicher Anlagen. Die diesbezüglich getroffenen Festsetzungen im Bebauungsplan orientieren sich überwiegend im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden an den Obergrenzen der Baunutzungsverordnung und somit den Erfordernissen eines Gewerbebetriebes sowie am Planungsrecht des angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 63a „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil II“. Damit wird eine optimale Nutzung des Plangebietes ermöglicht, die sich in die nähere bebaute Umgebung auch hinsichtlich der Höhenentwicklung einfügt und in den Grundzügen dreigeteilt ist:

- Das nördliche Gewerbegebiet 1 (GE 1) des projektierten Gewerbehofes führt für eine einheitliche Bebauung und zur „Adressbildung“ südlich der Landesstraße L 510 (Ochtruper Straße) die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 63a fort. Bei maximal drei Vollgeschossen beträgt die Grundflächenzahl GRZ 0,8 sowie die Geschossflächenzahl 2,0. Die maximale Gebäudehöhe (Höhe zwischen Sockel und der oberen Dachkante) beträgt gemäß §§ 16 (2) Nr. 4 und 18 (1) BauNVO 10,50 m.
- Die Gewerbegebiete 2-6 (GE 2-6) sind weitere Anlagen des beabsichtigten Gewerbehofes und der „Adresse“ zur Ochtruper Straße untergeordnet. Bei maximal zwei Vollgeschossen beträgt die Grundflächenzahl GRZ 0,8 sowie die Geschossflächenzahl 1,6. Die maximale Gebäudehöhe beträgt 9,00 m.
- Die Gewerbegebiete 7 und 8 (GE 7 und 8) sind nicht unmittelbar dem geplanten Gewerbehof zuzurechnen. In diesen Gewerbegebieten kann sich ein Betrieb ansiedeln, der flächenmäßig größere Bedarfe hat. Aufgrund des Übergangs zur freien Landschaft und den Ansprüchen des Freiraumes ist hier ein etwas niedriger Versiegelungsgrad möglich. Bei maximal zwei Vollgeschossen beträgt die Grundflächenzahl GRZ 0,7 sowie die Geschossflächenzahl 1,4. Die maximale Gebäudehöhe beträgt 9,00 m.

Bezugspunkt für die maximalen Gebäudehöhe ist gemäß § 18 (1) BauNVO die Oberkante des Rohfußbodens des Erdgeschosses (Sockelhöhe). Die maximale Sockelhöhe wird eindeutig in Metern über Normalhöhennull angegeben und orientiert sich zur Vermeidung größerer Höhenversprünge am vorhandenen Geländenniveau, welches leicht in Richtung Süden fällt und in Richtung Westen ansteigt, sowie an der in der Bedarfsplanung für die Entwässerungsmöglichkeiten des Gewerbehofes Sellen vom April 2020 aufgezeigten maximalen Wasserspiegelhöhe des erforderlichen und zentral im Planbereich vorgesehenen Regenrückhaltebeckens. Sie beträgt gemäß §§ 16 (2) Nr. 4 und 18 (1) BauNVO

- im Gewerbegebiet 1 (GE 1) 67,50 m üNNH,
- in den Gewerbegebieten 2, 4, 5 und 7 (GE 2, 4, 5 und 7) 66,50 m üNNH,
- im Gewerbegebiet 6 (GE 2) 67,00 m üNNH und
- in den Gewerbegebieten 3 und 8 (GE 3 und 8) 66,00 m üNNH.

4.3. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Die Bauweise wird gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 (2) BauNVO als offene oder geschlossene bzw. gemäß § 22 (4) BauNVO als abweichende Bauweise festgesetzt.

Analog zu den übrigen Gewerbegebieten in Steinfurt wird für die Gewerbegebiete 1, 7 und 8 (GE 1, 7 und 8) die abweichende Bauweise festgesetzt. Das heißt, dass Gebäudelängen von über 50,00 m zulässig sind, jedoch die seitlichen Grenzabstände nach der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen einzuhalten sind. Durch diese Festsetzung wird den betrieblichen Anforderungen (z.B. Gewerbehallen o.ä.) Rechnung getragen.

Für die Gewerbegebiete 2-6 (GE 2-6) wird die geschlossene Bauweise festgesetzt, um den Charakter eines Gewerbehofes zu ermöglichen. In der geschlossenen Bauweise werden die Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand errichtet, es sei denn, dass die vorhandene Bebauung eine Abweichung erfordert.

Die überbaubare Grundstücksfläche wird gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 23 BauNVO durch Baugrenzen bestimmt. Im Hinblick auf die Ausnutzbarkeit der Grundstücksflächen werden neben den gesetzlich geforderten Mindestabständen und den vorgesehen privaten Grünflächen keine weiteren Beschränkungen vorgenommen, sodass die überwiegenden Grundstücksflächen überbaut werden können. Garagen und überdachte Stellplätze gemäß § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind aufgrund großzügig bemessener Baugrenzen nur innerhalb dieser festgesetzten überbaubaren Flächen zulässig.

Die nicht mit Gebäuden oder vergleichbaren baulichen Anlagen überbauten Flächen der bebauten Grundstücke sind in Verbindung mit § 8 (1) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen, soweit dem nicht die Erfordernisse einer anderen zulässigen Verwendung der Flächen entgegenstehen.

4.4. Gestaltung

Die Kreisstadt Steinfurt ist gemäß § 89 (1) und (2) BauO NRW in Verbindung mit § 9 (4) BauGB dazu ermächtigt, im Bebauungsplan durch Festsetzung örtliche Bauvorschriften über die Gestaltung baulicher Anlagen aufzunehmen. Um aus städtebaulichen Gründen eine gewisse Einheitlichkeit zumindest bei der Höhenentwicklung der Gebäude zu erreichen, sind die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung ausreichend, sodass auf Vorschriften für die Dachform und Dachneigung verzichtet werden kann. Eine Übernahme örtlicher Bauvorschriften ist weniger zur Gestaltung der (Haupt-)Gebäude vorgesehen, sondern vielmehr hinsichtlich der Zulässigkeit von Einfriedungen und Werbeanlagen.

So ist geregelt, dass im Plangebiet Werbeanlagen gemäß § 89 (1) Nr. 1 BauO NRW nur an der Stätte der Leistung zulässig sind. Aufgrund der vorhandenen gewerblichen Nutzung im Umfeld des Plangebietes sind bereits zahlreiche Werbeanlagen von ansässigen Firmen vorhanden. Auch in den angrenzenden Bebauungsplänen ist geregelt, dass nur Werbeanlagen an der Stätte der Leistung zulässig sind. Durch zusätzliche Fremdwerbung in diesem Bereich und aufgrund der Lage des Plangebietes im Nahbereich überörtlicher Straßen würde eine Beeinträchtigung / Ablenkung des Verkehrs auf diesen Straßen erfolgen und es wäre eine

unzulässige Verunstaltung durch Fremdwerbung zu befürchten. Werbeanlagen sind ergänzend gemäß §§ 25, 28 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) im 20 m Bereich zur Landesstraße L 510 (Ochtruper Straße) nicht erlaubt. Bis 40 m Abstand zur Fahrbahn bedarf es einer Zustimmung des Straßenbaulastträgers.

Feste Einfriedungen sind gemäß § 89 (1) Nr. 5 BauO NRW zu öffentlichen Verkehrsflächen hin als sichtoffene Zäune (Maschendraht, Stabgitterzaun, o.ä.) mit einer maximalen Höhe von 2,10 m oder als Mauer mit einer maximalen Höhe von 1,00 m zulässig. Außenlagerflächen dürfen mit sichtoffenen Zäunen bis zu einer Höhe von maximal 2,80 m eingefriedet werden. Die Festsetzungen berücksichtigen somit die betrieblichen Erfordernisse, z.B. als Schutz vor Diebstahl. Gleichzeitig ist gewährleistet, dass der auf den angrenzenden Straßen befindliche Verkehr nicht beeinträchtigt wird (Sichtbehinderungen u.ä.).

4.5. Grünflächen und Anpflanzungen

Aufgrund der Lage am äußersten nordwestlichen Siedlungsrand des Stadtteiles Burgsteinfurt sind für die Gewerbegebiete im Übergangsbereich zur freien Landschaft private Grünflächen mit einem Pflanzgebot festgesetzt. Damit wird ein Kompromiss zwischen den betrieblichen Erfordernissen und den Ansprüchen des Freiraumes gefunden. Die Festsetzungen zur randlichen Eingrünung werden dem Bebauungsplan Nr. 63a entnommen. So sind in den festgesetzten privaten Grünflächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen mit der Kennzeichnung „M1“ gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB mehrreihige Pflanzungen für eine Hecke aus heimischen, standortgerechten Gehölzen vorzunehmen. Die Gehölze sind mit einem Pflanzabstand in der Reihe und zwischen den Reihen von jeweils 1,0 m zu setzen. Während die Bäume 2. Ordnung mit der Pflanzqualität 2xv. Heister, 200, o.B. oder vergleichbar in das Zentrum der Fläche zu setzen sind, sind niedrigwüchsige Sträucher (2xv., 100, o.B. oder vergleichbar) an den Rändern zu pflanzen. Ausfälle sind durch gleichartige und gleichwertige Gehölze zu ersetzen. Für die Anpflanzungen mit der Kennzeichnung „M2“ ist zur Eingrünung des Gewerbehofes gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB je 10 m Länge ein heimischer, standortgerechter Laubbaum 1. Ordnung mit der Pflanzqualität Hochstamm 3xv., StU 16/18 zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

Zur Auflockerung größtenteils versiegelter Stellplatzanlagen ist gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB für je sechs angefangener Stellplätze mindestens ein heimischer, standortgerechter Laubbaum 1. Ordnung mit der Pflanzqualität Hochstamm 3xv., StU 16/18 zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten, gegen Anfahren zu schützen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

Gründächer haben nicht nur positive Effekte im Hinblick auf die Regenwasserableitung und die Niederschlagsspeicherung, sondern auch hinsichtlich des Kleinklimas. Sie binden Staub, erwärmen sich auch bei extremen Temperaturen langsamer und verbessern die Luftkühlung und die Sauerstoffproduktion. Vor diesem Hintergrund und zur Schaffung weiterer Grünflächen im Gewerbegebiet sind Dächer mit einer Neigung < 15° gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB mit einer standortgerechten Vegetation zu mindestens 80 % extensiv zu begrünen. Die Stärke der Vegetationstragschicht muss im Mittel mindestens 10 cm betragen. Von der Dachbegrünung ausgenommen sind verglaste Flächen, technische Aufbauten, Teilflächen zur Gewinnung regenerativer Energien sowie Dächer von Nebenanlagen und Garagen mit einer Dachfläche kleiner gleich 30 qm.

5. Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des räumlichen Geltungsbereiches ist über das bestehende öffentliche Straßenverkehrsnetz gewährleistet. Über den östlich angrenzenden Wirtschaftsweg und die unmittelbar im Norden angrenzende Landesstraße L 510 (Ochtruper Straße) besteht eine kurzwegige Anbindung zum örtlichen und überörtlichen Verkehr und insbesondere auch zur Bundesstraße B 54. Unmittelbare Zufahrten zur L 510 sind nicht vorgesehen, weshalb entlang dieser Straßenparzelle und im Einmündungsbereich ein Bereich ohne Ein- und Ausfahrt festgesetzt ist. Dieses gilt auch für die östliche Plangebietsgrenze zum Wirtschaftsweg, da der projektierte Gewerbehof für eine Hofbildung von innen mit einer Ringstraße erschlossen werden soll. Im Havariefall kann der etwas weiter südlich gelegene Fuß- und Radweg als zweiter Rettungsweg dienen. Die Erschließung der Gewerbegebiete 7 und 8 (GE 7 und 8) kann über das weitere Wirtschaftswegesystem erfolgen, weshalb auch diese Flächen als Straßenverkehrsfläche festgesetzt werden.

Die konkrete Ausgestaltung der neuen Verkehrsflächen im Plangebiet wird auf der Grundlage einer separaten Straßenausbauplanung unter Berücksichtigung der Grundstückserschließungen erfolgen.

Der Wirtschaftsweg im Osten ist Bestandteil des angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 63a und bereits als Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Um Begegnungsverkehr im Einmündungsbereich des bisherigen Wirtschaftsweges in die L 510 auch im Zusammenhang mit dem östlich gelegenen Gewerbegebiet des Bebauungsplan Nr. 63a zu ermöglichen, werden voraussichtlich straßenbauliche Maßnahmen erforderlich, die im Weiteren mit dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen – Regionalniederlassung Münsterland – abzustimmen sind.

6. Ver- und Entsorgung

6.1. Entwässerung

Das anfallende, unverschmutzte und aufgrund der zulässigen Betriebsarten schwach belastete Niederschlagswasser soll zentral innerhalb des Gewerbehofes gespeichert und gedroselt in den östlich gelegenen Seitengraben (Gewässer 3270) eingeleitet werden. Daher erfolgt gemäß § 9 (1) Nr. 14 BauGB die Festsetzung einer lang gestreckten Fläche für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen mit der Zweckbestimmung „Regenrückhaltebecken“ entsprechend der Vorzugsvariante der Bedarfsplanung hinsichtlich der Entwässerungsmöglichkeiten des Gewerbehofes vom April 2020. Der Notüberlauf soll über den Fuß- und Radweg ebenfalls in den Seitengraben geleitet werden. In den Gewerbegebieten 7 und 8 (GE 7 und 8) ist gemäß § 9 (1) Nr. 14 BauGB das anfallende Oberflächenwasser innerhalb der Gewerbegebiete in einer geeigneten Rückhalteeinrichtung zu speichern, da diese nicht an das zentrale Rückhaltebecken angeschlossen werden können.

Das Schmutzwasser soll über eine neu zu verlegende Druckrohrleitung zur auf der Nordseite der L510 vorhandenen Schmutzwasserleitung geführt werden.

§ 44 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ist zu beachten.

6.2. Wasserversorgung

Die Trinkwasserversorgung wird durch die Stadtwerke Steinfurt sichergestellt.

Das für die Löschwasserversorgung notwendige Wasser soll dem zentralen Trinkwasserversorgungsnetz entnommen werden. Eine Löschwasserversorgung von 96 m³/h für 2 Stunden ist sicherzustellen. Bei den künftigen gewerblichen Einrichtungen ist die ausreichende Löschwasserversorgung durch ein Brandschutzkonzept u.ä. nachzuweisen.

6.3. Strom- und Gasversorgung, Telefon

Die Versorgung mit Strom kann durch die Stadtwerke Steinfurt oder gegebenenfalls einen alternativen Stromanbieter gesichert werden.

Die Gasversorgung kann über die Stadtwerke Steinfurt oder einen alternativen Anbieter erfolgen. Entsprechende Gasleitungen befinden sich sowohl nördlich innerhalb der Parzelle der Landstraße L510 als auch südlich innerhalb der Parzelle des Wirtschaftsweges. Ist ein Gasanschluss nicht möglich, ist das Heizen des Gebäudes über alternative bzw. regenerative Techniken wie Erdwärme, Solar u.ä. bzw. mit Öl als fossilem Energieträger möglich bzw. sicherzustellen.

Die fernmeldetechnische Versorgung erfolgt durch die Telekom Deutschland GmbH oder einen alternativen Anbieter. Für sonstige Medienleitungen sind die jeweiligen Betreiber zuständig.

Alle Ver- und Entsorgungsleitungen sind in den angrenzenden Verkehrsflächen vorhanden und für die Planungszwecke zu erweitern, sodass Erschließungskosten für die Erweiterung vorhandener Netze sowie für die Herstellung der Oberflächenentwässerung anfallen. Ebenso sind Kosten für die verkehrliche Erschließung bereitzustellen.

7. Flächenbilanz

Flächennutzung	Größe in qm	Größe in %
Gewerbegebiete (GE)	13.575	60
Straßenverkehrsflächen	5.285	24
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (Parkfläche)	775	3
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (Fuß- und Radweg)	90	1
Flächen für Versorgungsanlagen	1.230	5
Private Grünflächen	1.675	7
Gesamt	22.630	100

8. Auswirkungen der Planung

8.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich am nordwestlichen Siedlungsrand des Stadtteils Burgsteinfurt angrenzend an das Gewerbegebiet Seller Esch und im Übergangsbereich zum landwirtschaftlich geprägten Außenbereich südlich der Landesstraße L 510 (Ochtruper Straße). FFH- und Vogelschutzgebiete des europäischen Netzes „Natura 2000“ sind ebenso wenig wie geschützte Teile von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 (2) BNatSchG betroffen.

Da durch die Planung Außenbereichsflächen in Anspruch genommen werden, werden Eingriffe in Natur und Landschaft planungsrechtlich ermöglicht. Der Verursacher eines Eingriffs ist verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Aufgrund des nachgefragten Bedarfes an Gewerbeflächen, sind die ermöglichten Eingriffe unvermeidbar. Besser geeignete Standortalternativen stehen nicht zur Verfügung, da der nordwestliche Stadtteil Burgsteinfurt im vorbereitenden Bauleitplan grundsätzlich als Gewerbestandort konzipiert ist, die nun vorgesehene Ackerfläche nahezu allseits von Straßen umgeben ist, an die bestehenden Gewerbegebiete angrenzt und somit zu einem gewissen Grad vorbelastet ist. Erhaltenswerte Grünstrukturen sind im Planbereich nicht vorhanden. Der Erhalt der drei Laubbäume im südlichen Plangebiet ist im Zuge einer Straßenausbauplanung für den Wirtschaftsweg zu prüfen. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen). Planinterne Ausgleichsmaßnahmen sind insbesondere mit der randlichen Eingrünung im Übergangsbereich zur freien Landschaft, der Dach- sowie der Stellplatzbegrünung vorgesehen.

Darüberhinausgehende Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen werden gemäß § 1a (3) BauGB im Rahmen der Eingriffsregelung ermittelt und beschrieben und sind Bestandteil des Umweltberichtes, der einen gesonderten Teil der Begründung bildet und vor diesem Hintergrund zur öffentlichen Auslegung ergänzt wird.

8.2. FFH-Verträglichkeit

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vordersundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet sind nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 2.400 m (Luftlinie). Angesichts dieses Abstands sowie der beabsichtigten Planungen wird nicht von einer Beeinträchtigung der Schutzziele und –zwecke des FFH-Gebietes ausgegangen.

8.3. Artenschutz

Bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bauleitplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft ist zu prüfen, ob gegen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 (1) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verstoßen wird. Demnach ist insbesondere das Töten, das Stören sowie die Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Tierarten bzw. von Standorten geschützter Pflanzenarten verboten. Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine intensiv bewirtschaftete Ackerfläche, mit schmalen randlichen Säumen und drei Laubbäumen an der südlichen Grabenparzelle. Ansonsten sind keine weiteren Strukturelemente vorhanden. Es ist nahezu allseitig von Verkehrsflächen umringt. Durch die intensive anthropogene und verkehrliche Nutzung des (angrenzenden) Planbereiches liegen für das vorhandene Artenspektrum gewisse Vorbelastungen vor.

Im zusammenfassenden Resümee der der Begründung anliegenden Artenschutzvorprüfung vom 16.06.2021 heißt es hierzu, dass artenschutzrechtliche Konflikte unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen (Baufeldbefreiung gemäß §§ 39 und 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nur in dem Zeitraum zwischen dem 01.10. und dem 28.02.) grundsätzlich auszuschließen sind. „Demzufolge lässt sich abschließend [...] feststellen, dass artenschutzrechtliche Konflikte im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 - 4 BNatSchG vermieden werden können und damit die Voraussetzungen geschaffen werden, eine aus artenschutzrechtlicher Sicht begründete Genehmigungsfähigkeit des Bebauungsplans [...] zu erwirken.“

8.4. Immissionsschutz

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauGB sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang greifen insbesondere die Belange des Immissionsschutzes. Der Vereinbarkeit der Planung mit umliegenden und schützenswerten Nutzungen wird insbesondere durch die übliche Gliederung der Gewerbegebiete gemäß dem Abstandserlass bzw. der Abstandsliste 2007 in ausreichendem Maße Rechnung getragen, sodass keine unzumutbaren Immissionen durch gewerbliche Nutzungen zu erwarten sind. Im Übrigen verbleibt es bei den immissionsschutzrechtlichen Anforderungen der TA-Lärm, die unabhängig von den planungsrechtlichen Festsetzungen Geltung beanspruchen.

Immissionsvorbelastungen bestehen insbesondere durch die das Plangebiet umgebenden landwirtschaftlichen Flächen, gewerblichen Nutzungen und Verkehrsflächen. Vorhandene landwirtschaftliche Immissionen beeinflussen die Umgebung, wirken allerdings nicht in einem offensichtlich erheblichen Umfang. Erhebliche Beeinträchtigungen durch gewerbliche Immissionen sind ebenso nicht zu erwarten, da in den vorhandenen Gewerbegebieten auch die Festsetzung von (unzulässigen) Abstandsklassen erfolgt.

Unter anderem die von der Landesstraße L 510 (Ochtruper Straße) ausgehenden verkehrlich bedingten Emissionen wurden im Zuge der benachbarten Bebauungsplanung Nr. 63a betrachtet. In Anlehnung an die seinerzeit erstellte schalltechnische Untersuchung vom Juli 2015 werden aus Vorsorgegründen zum Schutz vor Verkehrslärm für die zur Landesstraße orientierten

Gewerbegebiete die Lärmpegelbereiche III und IV in einem etwas großzügigerem Umfang festgesetzt. In den entsprechend gekennzeichneten Flächen müssen gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB bei der Errichtung, Erweiterung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden in den nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen (Aufenthaltsräume im Sinne von § 46 BauO NRW) die entsprechenden Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen gemäß DIN 4109/11.89 - Schallschutz im Hochbau - Tabelle 8 erfüllt werden.

Ein ausreichender Abstand zu den weiteren Störfallbetrieben Sauerstoffwerk Steinfurt, Sellen 106 (Luftlinie ca. 1.500 m) und Möller Chemie, Bürgerkamp 1 (Luftlinie ca. 1.000 m) ist gegeben, sodass es keinen Einfluss solcher Betriebe auf die Planungen gibt.

8.5. Klimaschutz

Gemäß § 1a (5) BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Besondere Maßnahmen auf Ebene des Bebauungsplanes sind mit der Dachbegrünung vorgesehen. Gründächer haben nicht nur positive Effekte im Hinblick auf die Regenwasserableitung und die Niederschlagsspeicherung, sondern auch hinsichtlich des Kleinklimas. Sie binden Staub, erwärmen sich auch bei extremen Temperaturen langsamer und verbessern die Luftkühlung und die Sauerstoffproduktion. Weiterhin sind auch in dieser Planung der sparsame Umgang mit Grund und Boden und eine möglichst große Schonung der Umwelt beabsichtigt. Ergänzend ist davon auszugehen, dass angesichts der zu erwartenden Neuansiedlungen auch die künftig ansässigen Betriebe den neuesten Standards der Umwelttechnik entsprechen werden und gegenüber den älteren Gewerbebetrieben bzw. -gebieten klimafreundlichere Arbeitsplätze entstehen.

Messbar negative Auswirkungen auf das Freilandklima sind aufgrund der im Fachinformationssystem Klimaanpassung dargestellten Gesamtbetrachtung der Klimaanalyse und der geringen thermischen Ausgleichsfunktion insgesamt nicht zu erwarten.

8.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen

Gemäß § 1a (2) Satz 1 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Stadt insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Der räumliche Geltungsbereich liegt innerhalb des planungsrechtlichen Außenbereiches und wird intensiv landwirtschaftlich als Ackerfläche genutzt. Somit werden durch die Planung bisher unbebaute Flächen in Anspruch genommen und für eine Bebauung vorbereitet. Damit wird von dem oben genannten Grundsatz aus gewissen Zwängen abgewichen, die einen anderen Standort für das geplante Gewerbegebiet ausschließen.

Diese Zwänge ergeben sich vor allem aus der beabsichtigten gewerblichen Plangebietsnutzung. So haben Gewerbebetriebe zumeist einen relativ großen Flächenbedarf, der im Innenstadtbereich und in den bestehenden Gewerbegebieten in Burgsteinfurt nicht mehr befriedigt werden kann. Die Flächenreserven in den ausgewiesenen Gewerbegebieten an der Goldstraße, dem Sonnenschein, der Meteler Stiege, der Dieselstraße und im Seller Esch sind inzwischen bis auf kleine Restflächen vermarktet. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Gewerbebetriebe aus Immissionsschutzgründen Abstände zu lärmempfindlichen bzw. schützenswerten Nutzungen einhalten müssen (Trennungsgebot des § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz). Dies gestaltet sich in Innenstadtlagen recht schwierig. Insofern können Gewerbegebiete fast ausschließlich nur in Randlagen von Siedlungen entstehen. Dies ist auch hier der Fall. Hinzu kommt, dass eine Flächenverfügbarkeit gegeben ist, die die tatsächliche Realisierung des Gewerbegebietes ermöglicht. Ergänzend ist es städtische Aufgabe für Unternehmen Flächen vorzuhalten und somit den Belangen der Arbeitsbevölkerung und der Wirtschaft nachzukommen (§ 1 (6) Nr. 1 und 8c BauGB). Auch der Klimaschutz kann dadurch profitieren, indem für die Bevölkerung wohnortnahe Arbeitsplätze geschaffen werden. Allen zuvor beschriebenen Ansprüchen kann nur an dem angedachten Standort Rechnung getragen werden. Der Planbereich ist bereits zudem großflächig im seit dem 20.03.2000 wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt als „Gewerbliche Baufläche“ gemäß § 1 (1) Nr. 3 BauNVO dargestellt.

Ergänzend ist festzustellen, dass die Kreisstadt Steinfurt in den letzten Jahren sehr maßvoll mit der Ausweisung neuer Flächen im Außenbereich und damit bei der Inanspruchnahme von unversiegelten Böden vorgegangen ist. Dieses gilt insbesondere für den Stadtteil Burgsteinfurt, in dem nach 2006 bisher nur das Wohnbaugebiet „Pferdekamp Süd“ (Bebauungsplan Nr. 69). Die letztmalige Ausweisung eines Gewerbegebietes auf unbebauten Flächen in Burgsteinfurt datiert mit dem benachbarten Bebauungsplan Nr. 63a „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil II“ vom Oktober 2015. Daran ist zu erkennen, dass sich die Kreisstadt Steinfurt dem grundsätzlichen Ziel der Schonung des Außenbereiches angeschlossen hat und vorrangig die Innenentwicklung betrachtet. In diesem Zusammenhang wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Bauleitplanverfahren nach § 13a BauGB durchgeführt und abgeschlossen.

Mit dem nunmehr vorgesehenen Gewerbegebiet ist aus städtischer Sicht eine ausgewogene Größe vorgesehen. Den Ansprüchen der Wirtschaft kann Rechnung getragen werden, zugleich erfolgt keine überdimensionierte Gewerbeflächenausweisung. Insgesamt betrachtet werden somit die aufgezeigten Belange der Wirtschaft in der Abwägung den Belangen des Bodenschutzes und der Innenentwicklung vorgezogen.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW (3. Auflage) befindet sich im Plangebiet ein aufgrund seiner hohen Funktionserfüllung als Archiv der Kulturgeschichte schutzwürdiger Plaggenesch. Aufgrund der Standortgebundenheit der Planung lässt sich die Inanspruchnahme des Bodens im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 63b jedoch nicht vermeiden. Eine entsprechende Eingriffsbewertung findet im Zuge der Kompensationsberechnung innerhalb des Umweltberichtes Berücksichtigung.

Das „Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen“ des Umweltamtes des Kreises Steinfurt enthält für den Planbereich keine Darstellungen. Ein Altlastenverdacht für den räumlichen Geltungsbereich besteht somit nicht.

8.7. Denkmalschutz

Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind keine Bau- und Bodendenkmäler bekannt. Auch in der näheren Umgebung sind Bau- und Bodendenkmäler nicht vorhanden. Insgesamt ist somit festzustellen, dass eine Beeinträchtigung von Baudenkmälern, auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen, nicht zu erkennen ist. Belange des Denkmalschutzes werden nicht negativ berührt.

Bei Erdarbeiten können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit) und paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren) aus der Oberkreide (Santonium) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Kreisstadt Steinfurt und dem LWL-Archäologie für Westfalen, Münster unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 u. 16 DSchG).

Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster schriftlich mitzuteilen.

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um gegebenenfalls archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

8.8. Bodenordnung

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen zur hoheitlichen Umgestaltung von Grund und Boden und deren Eigentums- und Besitzverhältnisse im Sinne der §§ 45 ff. BauGB sind nicht erforderlich, da sich die Flächen im öffentlichen Eigentum befinden.

8.9. Kampfmittel

Ein Kampfmittelvorkommen ist nicht bekannt, aber auch nicht vollkommen auszuschließen. Die Durchführung aller bodeneingreifenden Baumaßnahmen sollte daher mit der gebotenen Vorsicht erfolgen. Sofern der Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die allgemeine Ordnungsbehörde der Kreisstadt Steinfurt sowie der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe (KBD WL) zu verständigen.

9. Verfahren

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wird im Regelverfahren gemäß § 2 (1) BauGB mit zweistufiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 und 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2 (4) BauGB wird für die Belange des Umweltschutzes ein Umweltbericht erstellt. Der Umweltbericht bildet gemäß § 2a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung. Er wird zur öffentlichen Auslegung um die externe Kompensationsmaßnahme sowie alle weiteren Maßnahmen ergänzt.

Verfahrensschritt	Datum
Aufstellungsbeschluss <i>gem. § 2 (1) BauGB</i>	06.02.2020
Frühzeitige Beteiligung <i>gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB</i>	
Öffentliche Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	
Satzungsbeschluss <i>gem. § 10 (1) BauGB</i>	
Bekanntmachung und Wirksamkeit <i>gem. § 6 (5) BauGB</i>	

Aufgestellt:

Steinfurt, 06.07.2021

Az.: FD61 / 61-26-09 / BF63b / Ep

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

gez. Benedikt Epping
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Anhang:

Abstandsliste 2007 – Anlage 1 zum Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - V-3 - 8804.25.1 vom 06.06.2007: Abstände zwischen Industrie- bzw. Gewerbegebieten und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung und sonstige für den Immissionsschutz bedeutsame Abstände (Abstandserlass)

Anlagen:

- Lage im Stadtgebiet
- Umweltbericht zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil III“, Vorentwurf – 1. Teil, Münster im Juli 2021, erstellt durch aru arbeitsgruppe raum & umwelt
- Entwässerungsmöglichkeiten des Gewerbehofs Sellen – Bedarfsplanung, Bochum im April 2020, erstellt durch TUTTAHS & Meyer Ingenieurgesellschaft mbH
- Artenschutzvorprüfung zum Bebauungsplan Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil III“, Münster, 16.06.2021, erstellt durch aru arbeitsgruppe raum& umwelt
- Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 63a „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil II“, Senden im Juli 2015, erstellt durch Planungsbüro für Lärmschutz

Abstandsliste 2007**Abstandsliste 2007
(4. BImSchV: 15.07.2006)**

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung) ¹⁾
I	1.500	1	1.1 (1)	Kraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 900 MW übersteigt (#)
		2	1.11 (1)	Anlagen zur Trockendestillation z. B. Kokereien und Gaswerke
		3	3.2 (1) a)	Integrierte Hüttenwerke, Anlagen zur Gewinnung von Roheisen und zur unmittelbaren Weiterverarbeitung zu Rohstahl in Stahlwerken, einschl. Stranggießanlagen
		4	4.4 (1)	Mineralölraffinerien (#)

¹⁾ Die Anlagenbezeichnungen stimmen nicht immer mit denen der 4. BImSchV überein, denn sie enthält in manchen Fällen Oberbegriffe und/oder zusammenfassende Anlagenbezeichnungen, die hinsichtlich des Genehmigungserfordernisses zusammengehören, in ihrer Auswirkung i. S. des Abstandserlasses aber als selbstständige Anlagenarten zu sehen sind oder immissionsschutz- und planungsrechtlich ohne Bedeutung sind. Insofern konnte die Systematik der 4. BImSchV und auch die Einteilung nach Leistungskriterien nicht immer eingehalten werden. Abstands bestimmend ist aber - unabhängig von dem Genehmigungserfordernis - die Betriebsart, wie sie in der Abstandsliste beschrieben ist.

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
II	1.000	5	1.14 (1)	Anlagen zur Vergasung oder Verflüssigung von Kohle oder bituminösem Schiefer
		6	2.14 (2)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln durch Stampfen, Schocken, Rütteln oder Vibrieren mit einer Produktionsleistung von 1 t oder mehr je Stunde im Freien (*) (s. auch lfd. Nr. 90)
		7	3.1 (1)	Anlagen zum Rösten, Schmelzen oder Sintern von Erzen
		8	3.2 (1) b)	Anlagen zur Herstellung oder zum Erschmelzen von Roheisen oder Stahl mit einer Schmelzleistung von 2,5 Tonnen oder mehr je Stunde einschl. Stranggießen (*) (s. auch lfd. Nrn. 27 und 46)
		9	3.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Nichteisenrohmetallen aus Erzen, Konzentraten oder sekundären Rohstoffen einschl. Aluminiumhütten (#)
		10	3.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall im Freien (z. B. Container) (*) (s. auch lfd. Nr. 96)
		11	3.18 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall im Freien (*) (s. auch lfd. Nr. 97)
		12	4.1 (1) c), p)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von schwefelhaltigen Kohlenwasserstoffen oder von Nichtmetallen, Metalloxiden oder sonstigen anorganischen Verbindungen (#)
		13	4.1 (1) g)	Anlagen zur Herstellung von metallorganischen Verbindungen durch chemische Umwandlung in industriellem Umfang (#)
		14	4.1 (1) h)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Chemiefasern (s. auch lfd. Nr. 50) (#)
		15	4.1 (1) l)	Anlagen zur Herstellung von Gasen wie Ammoniak, Chlor und Chlorwasserstoff, Fluor und Fluorwasserstoff, Kohlenstoff-oxiden, Schwefelverbindungen, Stickstoffoxiden, Wasserstoff, Schwefeldioxid, Phosgen (#)
		16	4.1 (1) r)	Anlagen zur Herstellung von Ausgangsstoffen für Pflanzenschutzmittel und von Bioziden (#)
		17	4.1 (1) s)	Anlagen zur Herstellung von Grundarzneimitteln durch chemische Umwandlung (Wirkstoffe für Arzneimittel) (#)
		18	6.3 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Holzspanplatten, Holzfaserplatten, oder Holzfasermatten
		19	7.12 (1)	Anlagen zur Beseitigung, Verwertung, Sammlung oder Lagerung von Tierkörpern oder tierischen Abfällen, ausgenommen Kleintierkrematorien (s. auch lfd. Nr. 200)
		20	10.15 (1+2)	Offene Prüfstände für oder mit a) Verbrennungsmotoren mit einer Feuerungswärmeleistung ab insgesamt 300 Kilowatt, b) Gasturbinen oder Triebwerken (s. auch lfd. Nr. 101)
		21	10.16 (2)	Offene Prüfstände für oder mit Luftschrauben (s. auch lfd. Nr. 101)
		22	-	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen im Freien (*)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
III	700	23	1.1 (1)	Kraftwerke und Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung mehr als 150 MW bis max. 900 MW beträgt, auch Biomassekraftwerke (#)
		24	1.12 (1)	Anlagen zur Destillation oder Weiterverarbeitung von Teer oder Teererzeugnissen (#)
		25	2.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen
		26	2.4 (1+2)	Anlagen zum Brennen von Bauxit, Dolomit, Gips, Kalkstein, Kieselgur, Magnesit, Quarzit oder von Ton zu Schamotte
		27	3.2 (1) b)	Elektro-Stahlwerke; Anlagen zur Stahlerzeugung mit Lichtbogenöfen unter 50 t Gesamtabschichtgewicht (*) (s. auch lfd. Nrn. 8 und 46)
		28	3.24 (1)	Automobil- u. Motorradfabriken, Fabriken zur Herstellung von Verbrennungsmotoren (*)
		29	4.1 (1) a), d), e)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kohlenwasserstoffen einschl. stickstoff- oder phosphorhaltige Kohlenwasserstoffe (#)
		30	4.1 (1) f)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen (#)
		31	4.1 (1) m), n), o)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Säuren, Basen, Salzen (#)
		32	4.1 (1) q)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von phosphor-, stickstoff- oder kaliumhaltigen Düngemitteln (#)
		33	4.6 (1)	Anlagen zur Herstellung von Ruß (#)
		34	8.8 (1) 8.10 (1)	Anlagen zur physikalisch und/oder chemischen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 50 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag (s. auch lfd. Nr. 71)
		35	-	Aufbereitungsanlagen für schmelzflüssige Schlacke (z. B. Hochofenschlacke)
		36	-	Freizeitparks mit Nachtbetrieb (*) (s. auch lfd. Nr. 160)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	500	37	1.1 (1)	Kraftwerke, Heizkraftwerke und Heizwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 50 MW bis 150 MW beträgt, auch Biomassekraftwerke (#)
			8.2 (1) a) und b)	Anlagen zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von Abfallhölzern ohne Holzschutzmittel oder Beschichtungen von halogenorganischen Verbindungen mit einer Feuerungswärmeleistung von 50 Megawatt oder mehr
		38	1.8 (2)	Elektroinstallationsanlagen mit einer Oberspannung von 220 kV oder mehr einschließlich der Schaltfelder, ausgenommen eingebaute Elektroinstallationsanlagen (*)
		39	1.9 (2)	Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kohle
		40	1.10 (1)	Anlagen zum Brikettieren von Braun- oder Steinkohle
		41	2.8 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Glas oder Glasfasern auch soweit es aus Altglas hergestellt
		42	2.11 (1)	Anlagen zum Schmelzen mineralischer Stoffe einschließlich Anlagen zur Herstellung von Mineralfasern
		43	2.13 (2)	Anlagen zur Herstellung von Beton, Mörtel oder Straßenbaustoffen unter Verwendung von Zement (*)
		44	2.15 (1)	Anlagen zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen mit einer Produktionsleistung von 200 t oder mehr je Stunde (s. auch lfd. Nr. 91)
		45	3.6 (1 + 2)	Anlagen zum Walzen von Stahl (Warmwalzen) und Metallen, ausgenommen Anlagen zum Walzen von Kaltband mit einer Bandbreite bis 650 mm (*)
		46	3.2 (1) b) 3.7 (1)	Anlagen zur Stahlerzeugung mit Induktionsöfen, Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien mit einer Produktionsleistung von 20 t oder mehr Gussteile je Tag (s. auch lfd. Nrn. 8 und 27)
		47	3.11 (1 + 2)	Schmiede-, Hammer- oder Fallwerke (*)
		48	3.16 (1)	Anlagen zur Herstellung von warmgefertigten nahtlosen oder geschweißten Rohren aus Stahl (*)
		49	4.1 (1) b)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von sauerstoffhaltigen Kohlenwasserstoffen (#)
		50	4.1 (1) h)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Basiskunststoffen (Kunstharzen, Polymeren, Fasern auf Zellstoffbasis) (s. auch lfd. Nr. 14) (#)
		51	4.1 (1) i)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von synthetischen Kautschuken (#)
		52	4.1 (1) j)	Anlagen zur Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten sowie von Ausgangsstoffen für Farben und Anstrichmittel (#)
		53	4.5 (2)	Anlagen zur Herstellung von Schmierstoffen wie Schmieröle, Schmierfette, Metallbearbeitungsöle (#)
		54	4.7 (1)	Anlagen zur Herstellung von Kohlenstoff (Hartbrandkohle) oder Elektrographit durch Brennen oder Graphitieren (#)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	500	55	4.8 (2)	Anlagen zum Destillieren von flüchtigen organischen Verbindungen mit einer Durchsatzleistung von 3 t oder mehr je Stunde (#) (s. auch lfd. Nr. 105)
		56	5.1 (1)	Anlagen zur Behandlung von Oberflächen von Stoffen, Gegenständen oder Erzeugnissen einschließlich der dazugehörigen Trocknungsanlagen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln mit einem Verbrauch an organischen Lösungsmitteln von 150 Kilogramm oder mehr je Stunde oder von 200 Tonnen oder mehr je Jahr
		57	5.2 (1)	Anlagen zum Beschichten, Imprägnieren, Kaschieren, Lackieren oder Tränken von Gegenständen, Glas- oder Mineralfasern oder bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen mit Kunstharzen, soweit die Menge dieser Harze 25 Kilogramm oder mehr je Stunde beträgt
		58	5.5 (2)	Anlagen zum Isolieren von Drähten unter Verwendung von phenol- oder kresolhaltigen Drahtlacken
		59	5.8 (2)	Anlagen zur Herstellung von Gegenständen unter Verwendung von Amino- oder Phenoplasten mittels Wärmebehandlung, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 kg oder mehr je Stunde beträgt
		60	7.3 (1+2) a) und b)	Anlagen zur Erzeugung von Speisefetten aus tierischen Rohstoffen oder zum Schmelzen von tierischen Fetten, ausgenommen Anlagen zur Verarbeitung von selbst gewonnenen tierischen Fetten zu Speisefetten in Fleischereien mit einer Leistung bis zu 200 Kilogramm Speisefett je Woche
		61	7.9 (1)	Anlagen zur Herstellung von Futter- oder Düngemitteln oder technischen Fetten aus den Schlachtnebenprodukten Knochen, Tierhaare, Federn, Hörner, Klauen oder Blut
		62	7.11 (1)	Anlagen zum Lagern unbehandelter Knochen, ausgenommen Anlagen für selbstgewonnene Knochen in - Fleischereien, in denen je Woche weniger als 4 000 kg Fleisch verarbeitet werden, und - Anlagen, die nicht durch lfd. Nr. 115 erfasst werden
		63	7.15 (1)	Kottrocknungsanlagen
		64	7.19 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Sauerkraut mit einer Produktionsleistung von 10 Tonnen oder mehr Sauerkraut je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		65	7.21 (1)	Mühlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 300 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert (s. auch lfd. Nr. 193)
		66	7.23 (1+2)	Anlagen zur Erzeugung von Ölen oder Fetten aus pflanzlichen Rohstoffen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne Fertigerzeugnisse oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		67	7.24 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Raffination von Zucker unter Verwendung von Zuckerrüben oder Rohzucker
		68	8.1 (1) a)	Anlagen zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder gasförmiger Abfälle mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	500	69	8.3 (1+2)	Anlagen zur thermischen Aufbereitung von Stahlwerksstäuben für die Gewinnung von Metallen oder Metallverbindungen im Drehrohr oder in einer Wirbelschicht
		70	8.5 (1+2)	Offene Anlagen zur Erzeugung von Kompost aus organischen Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 3 000 Tonnen oder mehr Einsatzstoffen je Jahr (Kompostwerke) (s. auch Lfd. Nr. 128)
		71	8.8 (2) 8.10 (2)	Anlagen zur physikalisch und/oder chemischen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 10 Tonnen bis weniger als 50 Tonnen Einsatzstoffen je Tag auch soweit nicht genehmigungsbedürftig (s. auch Lfd. Nr. 34)
		72	8.9 (1) a) + b) 8.9 (2) a)	a) Anlagen zum Zerkleinern von Schrott durch Rotormühlen mit einer Nennleistung des Rotorantriebes von 100 Kilowatt oder mehr b) Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- oder Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 15 000 Quadratmeter oder mehr oder einer Gesamtlagerkapazität von 1 500 Tonnen Eisen- oder Nichteisenschrotten oder mehr
		73	8.12 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr
		74	8.13 (1+2)	Offene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Schlämmen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 150 Tonnen oder mehr
		75	8.14 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zum Lagern von Abfällen soweit in diesen Anlagen Abfälle vor deren Beseitigung oder Verwertung jeweils über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr gelagert werden
		76	8.15 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zum Umschlagen von Abfällen mit einer Leistung von 100 Tonnen oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt
		77	9.11 (2)	Offene oder unvollständig geschlossene Anlagen zum Be- oder Entladen von Schüttgütern, die im trockenen Zustand stauben können, soweit 400 Tonnen Schüttgüter oder mehr je Tag bewegt werden; dies gilt auch für saisonal genutzte Getreideannahmestellen. Anlagen zum Be- oder Entladen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt, sind ausgenommen
		78	-	Abwasserbehandlungsanlagen für mehr als 100 000 EW (s. auch Lfd. Nr. 143)
		79	-	Oberirdische Deponien (*)
		80	-	Autokinos (*)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
V	300	81	1.2 (2) a) bis c)	Anlagen zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen mit einer Feuerungswärmeleistung von 20 MW bis weniger als 50 MW in einer Verbrennungseinrichtung einschließlich zugehöriger Dampfkessel, ausgenommen Notstromaggregate
		82	1.4 (1+2) a) und b)	Verbrennungsmotoranlagen zum Antrieb von Arbeitsmaschinen oder zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas für den Einsatz von flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen mit einer Feuerungswärmeleistung von 20 MW oder mehr,
		83	1.5 (1 + 2) a) und b)	Gasturbinenanlagen zum Antrieb von Arbeitsmaschinen oder zur Erzeugung von Strom (*)
		84	1.13 (2)	Anlagen zur Erzeugung von Generator- oder Wassergas aus festen Brennstoffen
		85	2.1 (1+2)	Steinbrüche, in denen Sprengstoffe verwendet werden
		86	2.2 (2)	Anlagen zum Brechen, Mahlen oder Klassieren von natürlichem oder künstlichem Gestein, ausgenommen Klassieranlagen für Sand oder Kies
		87	2.5 (2)	Anlagen zum Mahlen von Gips, Kieselgur, Magnesit, Mineralfarben, Muschelschalen, Talkum, Ton, Tuff (Trass) oder Zementklinker
		88	2.7 (2)	Anlagen zum Blähen von Perlite, Schiefer oder Ton
		89	2.10 (1)	Anlagen zum Brennen keramischer Erzeugnisse, soweit der Rauminhalt der Brennanlage 4 m³ oder mehr und die Besatzdichte 300 kg oder mehr je m³ Rauminhalt der Brennanlage beträgt
		90	2.14 (2)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln durch Stampfen, Schocken, Rütteln oder Vibrieren mit einer Produktionsleistung von 1 t oder mehr je Stunde in geschlossenen Hallen (*) (s. auch lfd. Nr. 6)
		91	2.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen mit einer Produktionsleistung bis weniger als 200 t je Stunde (s. auch lfd. Nr. 44)
		92	3.2 (2) 3.7 (2)	Anlagen zum Erschmelzen von Stahl mit einer Schmelzleistung von weniger als 2,5 t je Stunde sowie Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien mit einer Produktionsleistung von 2 t bis weniger als 20 t Gussteile je Tag (s. auch lfd. Nr. 46)
		93	3.4 (1) 3.8 (1)	Gießereien für Nichteisenmetalle oder Anlagen zum Schmelzen, zum Legieren oder zur Raffination von Nichteisenmetallen mit einer Schmelzleistung von 4 Tonnen oder mehr je Tag bei Blei und Cadmium oder von 20 Tonnen oder mehr je Tag bei sonstigen Nichteisenmetallen (s. auch lfd. Nrn. 163 und 203)
		94	3.5 (2)	Anlagen zum Abziehen der Oberflächen von Stahl durch Flämmen
		95	3.9 (1 + 2)	Anlagen zum Aufbringen von metallischen Schutzschichten auf Metall- oder Kunststoffoberflächen mit Hilfe von schmelzflüssigen Bädern, durch Flamm-, Plasma- oder Lichtbogenspritzen (*)
		96	3.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall in geschlossenen Hallen (z. B. Dampfkessel, Container) (*) (siehe auch lfd. Nr. 10)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
V	300	97	3.18 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern oder - sektionen aus Metall in geschlossenen Hallen (*) (siehe auch lfd. Nr. 11)
		98	3.19 (1)	Anlagen zum Bau von Schienenfahrzeugen (*)
		99	3.21 (2)	Anlagen zur Herstellung von Bleiakкумуляtoren oder Industriebatteriezellen und sonstiger Akkumulatoren
		100	3.23 (2)	Anlagen zur Herstellung von Aluminium-, Eisen- oder Magnesiumpulver oder -pasten oder von blei- oder nickelhaltigen Pulvern oder Pasten sowie von sonstigen Metallpulvern oder -pasten (#)
		101	3.25 (1) 10.15 (1+2) 10.16 (2)	Anlagen für den Bau und die Instandsetzung von Luftfahrzeugen (i.V.m. Prüfständen, s. lfd. Nr. 20 und 21) sowie geschlossene Motorenprüfstände und geschlossene Prüfstände für oder mit Luftschraben
		102	4.1 (1) k)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Tensiden durch chemische Umwandlung (Seifen oder Waschmittel) (#)
		103	4.2 (2)	Anlagen, in denen Pflanzenschutz- oder Schädlings- bekämpfungsmittel oder ihre Wirkstoffe gemahlen oder maschinell gemischt, abgepackt oder umgefüllt werden (#)
		104	4.3 (1+2) a) und b)	Anlagen zur Herstellung von Grundarzneimitteln (Wirkstoffen für Arzneimittel) unter Verwendung eines biologischen Verfahrens oder von Arzneimitteln oder Arzneimittelzwischenprodukten im industriellen Umfang, soweit Pflanzen behandelt oder Tierkörper eingesetzt werden (#)
		105	4.8 (2)	Anlagen zum Destillieren von flüchtigen organischen Verbindungen mit einer Durchsatzleistung von 1 t bis zu 3 t je Stunde (#) (s. auch lfd. Nr. 55)
		106	4.9 (2)	Anlagen zum Erschmelzen von Natur- oder Kunstharzen mit einer Leistung von 1 t oder mehr je Tag (#)
		107	4.10 (1)	Anlagen zur Herstellung von Anstrich- oder Beschichtungs- stoffen (Lasuren, Firnis, Lacke, Dispersionsfarben) oder Druckfarben unter Einsatz von 25 t je Tag oder mehr an flüchtigen organischen Verbindungen (#)
		108	5.1 (2) a)	Anlagen zur Behandlung von Oberflächen von Stoffen, Gegenständen oder Erzeugnissen einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln mit einem Verbrauch an organischen Lösungsmitteln von 25 Kilogramm bis weniger als 150 Kilogramm je Stunde oder 15 Tonnen bis weniger als 200 Tonnen je Jahr
		109	5.1 (2) b)	Anlagen zum Bedrucken von bahnen- oder tafelförmigen Materialien mit Rotationsdruckmaschinen einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen, soweit die Farben oder Lacke organische Lösungsmittel enthalten
		110	5.2 (2)	Anlagen zum Beschichten, Imprägnieren, Kaschieren, Lackieren oder Tränken von Gegenständen, Glas- oder Mineralfasern oder bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen mit Kunstharzen soweit die Menge dieser Harze 10 Kilogramm bis weniger als 25 Kilogramm je Stunde beträgt, ausgenommen Anlagen für den Einsatz von Pulverbeschichtungsstoffen

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
V	300	111	5.4 (2)	Anlagen zum Tränken oder Überziehen von Stoffen oder Gegenständen mit Teer, Teeröl oder heißem Bitumen, auch Anlagen zum Tränken oder Überziehen von Kabeln mit heißem Bitumen
		112	5.6 (2)	Anlagen zur Herstellung von bahnenförmigen Materialien auf Streichmaschinen einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen unter Verwendung von Gemischen aus Kunststoffen und Weichmachern oder von Gemischen aus sonstigen Stoffen und oxidiertem Leinöl
		113	5.9 (2)	Anlagen zur Herstellung von Reibbelägen unter Verwendung von Phenoplasten oder sonstigen Kunstharzbindemitteln
		114	6.2 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe, auch aus Altpapier, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		115	7.2 (1+2) a) und b)	Anlagen zum Schlachten von Tieren mit einer Leistung von 500 kg Lebendgewicht Geflügel oder mehr je Tag oder mehr als 4 Tonnen Lebendgewicht sonstiger Tiere oder mehr je Tag
		116	7.4 (1+2) a)	Anlagen zur Herstellung von Fleisch- oder Gemüsekonserven auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		117	7.4 (1) b)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Tierfutter durch Erwärmen der Bestandteile tierischer Herkunft
		118	7.6 (2)	Anlagen zum Reinigen oder zum Entschleimen von tierischen Därmen oder Mägen
		119	7.8 (1)	Anlagen zur Herstellung von Gelatine, Hautleim, Lederleim oder Knochenleim
		120	7.13 (2)	Anlagen zum Trocknen, Einsalzen, Lagern oder Enthaaren ungegerbter Tierhäute oder Tierfelle
		121	7.14 (1+2)	Anlagen zum Gerben einschließlich Nachgerben von Tierhäuten oder Tierfellen sowie nicht genehmigungsbedürftige Lederfabriken
		122	7.20 (1)	Anlagen zur Herstellung von Braumalz (Mälzereien) mit einer Produktionsleistung von 300 Tonnen Darbmaltz oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		123	7.22 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Hefe oder Stärkemehlen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne oder mehr Hefe oder Stärkemehlen je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		124	7.29 (1+2)	Anlagen zum Rösten oder Mahlen von Kaffee oder Abpacken von gemahlenem Kaffee mit einer Produktionsleistung von 0,5 Tonnen geröstetem Kaffee oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		125	7.30 (1+2)	Anlagen zum Rösten von Kaffee - Ersatzprodukten, Getreide, Kakaobohnen oder Nüssen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne gerösteten Erzeugnissen oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		126	7.31 (1+2) a) und b)	Anlagen zur Herstellung von Süßwaren oder Sirup, zur Herstellung von Lakritz, zur Herstellung von Kakaomasse aus Rohkakao, sowie zur thermischen Veredelung von Kakao- oder Schokoladenmasse auch soweit nicht genehmigungsbedürftig

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
V	300	127	8.4 (2)	Sortieranlagen für Hausmüll mit einer Durchsatzleistung von 10 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag
		128	8.5 (1+2)	Geschlossene Anlagen zur Erzeugung von Kompost aus organischen Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 3 000 Tonnen oder mehr Einsatzstoffen je Jahr (s. auch lfd. Nr. 70)
		129	8.6 (1+2) a) und b)	Geschlossene Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		130	8.7 (1+2)	Anlagen zur Behandlung von verunreinigtem Boden durch biologische Verfahren, Entgasen, Strippen oder Waschen mit einem Einsatz von 1 Tonne verunreinigtem Boden oder mehr je Tag
		131	8.9 (2) b)	Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- oder Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtagerfläche von 1 000 Quadratmeter bis weniger als 15 000 Quadratmeter oder einer Gesamtagerkapazität von 100 Tonnen bis weniger als 1 500 Tonnen Eisen- oder Nichteisenschrotten
		132	8.11 (1+2) a) und b)	Anlagen zur sonstigen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 1 Tonne oder mehr je Tag
		133	8.15 (1+2) a) und b)	Geschlossene Anlagen zum Umschlagen von Abfällen mit einer Leistung von 100 Tonnen oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt
		134	9.1 (1+2)	Anlagen, die der Lagerung und Abfüllung von brennbaren Gasen in Behältern mit einem Fassungsvermögen von 3 Tonnen oder mehr dienen, ausgenommen Erdgasröhrenspeicher sowie Anlagen zum Lagern von brennbaren Gasen oder Erzeugnissen, die brennbare Gase z.B. als Treibmittel oder Brenngas enthalten, soweit es sich um Einzelbehältnisse mit einem Volumen von jeweils nicht mehr als 1 000 Kubikzentimeter handelt (*) (#)
		135	9.2 (1+2)	Anlagen, die der Lagerung und Umfüllung von brennbaren Flüssigkeiten in Behältern mit einem Fassungsvermögen von 5 000 Tonnen oder mehr dienen (*) (#)
		136	9.36 (2)	Anlagen zur Lagerung von Gülle mit einem Fassungsvermögen von 2 500 Kubikmetern oder mehr
		137	9.37 (1)	Anlagen, die der Lagerung von chemischen Erzeugnissen von 25 000 Tonnen oder mehr dienen (*) (#)
		138	10.7 (1+2)	Anlagen zum Vulkanisieren von Natur- oder Synthetikgummi unter Verwendung von Schwefel oder Schwefelverbindungen, ausgenommen Anlagen, in denen – weniger als 50 Kilogramm Gummi je Stunde verarbeitet werden oder – ausschließlich vorvulkanisierter Gummi eingesetzt wird (s. auch lfd. Nr. 221)
		139	10.17 (2)	Offene Anlagen mit schalltechnisch optimierten gasbetriebenen Karts, die an 5 Tagen oder mehr je Jahr der Ausübung des Motorsports dienen (Kart-Bahnen)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
V	300	140	10.21 (2)	Anlagen zur Innenreinigung von Eisenbahnkesselwagen, Straßentankfahrzeugen, Tankschiffen oder Tankcontainern sowie Anlagen zur automatischen Reinigung von Fässern einschließlich zugehöriger Aufarbeitungsanlagen, soweit die Behälter von organischen Stoffen gereinigt werden
		141	10.23 (2)	Anlagen zur Textilveredlung durch Sengen, Thermofixieren, Thermoisolieren, Beschichten, Imprägnieren oder Appretieren, einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		142	10.25 (2)	Kälteanlagen mit einem Gesamtinhalt an Kältemitteln von 3 t Ammoniak oder mehr (*) (#)
		143	-	Abwasserbehandlungsanlagen bis einschl. 100 000 EW, (s. auch lfd. Nr. 78)
		144	-	Oberirdische Deponien für Inert- und Mineralstoffe
		145	-	Säge-, Furnier- oder Schälwerke (*)
		146	-	Anlagen zur Gewinnung oder Aufbereitung von Sand, Bims, Kies, Ton oder Lehm
		147	-	Anlagen zur Herstellung von Kalksandsteinen, Gasbetonsteinen oder Faserzementplatten unter Dampfüberdruck
		148	-	Anlagen zur Herstellung von Bauelementen oder in Serien gefertigten Holzbauten
		149	-	Emaillieranlagen
		150	-	Presswerke (*)
		151	-	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen in geschlossenen Hallen (*)
		152	-	Stab- oder Drahtziehereien (*)
		153	-	Schwermaschinenbau
		154	-	Anlagen zur Herstellung von Wellpappe (*)
		155	-	Auslieferungslager für Tiefkühlkost (*)
		156	-	Margarine oder Kunstspeisefettfabriken
		157	-	Betriebshöfe für Straßenbahnen (*)
		158	-	Betriebshöfe der Müllabfuhr oder der Straßendienste (*)
		159	-	Speditionen aller Art sowie Betriebe zum Umschlag größerer Gütermengen (*)
		160	-	Freizeitparks ohne Nachtbetrieb (*) (s. auch lfd. Nr. 36)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
VI	200	161	2.9 (2)	Anlagen zum Säurepolieren oder Mattätzen von Glas oder Glaswaren unter Verwendung von Flusssäure
		162	2.10 (2)	Anlagen zum Brennen keramischer Erzeugnisse, soweit der Rauminhalt der Brennanlage 4 m³ oder mehr oder die Besatzdichte mehr als 100 kg/m³ und weniger als 300 kg /m³ Rauminhalt der Brennanlage beträgt, ausgenommen elektrisch beheizte Brennöfen, die diskontinuierlich und ohne Abluftführung betrieben werden
		163	3.4 (2)	Anlagen zum Schmelzen, zum Legieren oder zur Raffination von Nichteisenmetallen mit einer Schmelzleistung von 0,5 Tonnen bis weniger als 4 Tonnen je Tag bei Blei und Cadmium oder von 2 Tonnen bis weniger als 20 Tonnen je Tag bei sonstigen Nichteisenmetallen (auch soweit durch besondere Wahl emissionsarmer Schmelzaggregate nicht genehmigungsbedürftig) (s. auch lfd. Nr. 93 und 203)
		164	3.8 (2)	Gießereien für Nichteisenmetalle soweit 0,5 Tonnen bis weniger als 4 Tonnen je Tag bei Blei und Cadmium oder von 2 Tonnen bis weniger als 20 Tonnen je Tag bei sonstigen Nichteisenmetallen abgegossen werden
		165	3.10 (1+2)	Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Metallen oder Kunststoffen durch ein elektrolytisches oder chemisches Verfahren zur Oberflächenbehandlung von Metallen durch Beizen oder Brennen unter Verwendung von Fluss- oder Salpetersäure (#)
		166	5.7 (2) a) und b)	Anlagen zur Verarbeitung von flüssigen ungesättigten Polyesterharzen mit Styrol-Zusatz oder flüssigen Epoxidharzen mit Aminen zu Formmassen, Formteilen oder Fertigerzeugnissen, soweit keine geschlossenen Werkzeuge (Formen) verwendet werden, für einen Harzverbrauch von 500 kg oder mehr je Woche, z. B. Bootsbau, Fahrzeugbau oder Behälterbau
		167	5.10 (2)	Anlagen zur Herstellung von künstlichen Schleifscheiben, -körpern, -papieren oder -geweben unter Verwendung organischer Binde- oder Lösungsmittel
		168	5.11 (2)	Anlagen zur Herstellung von Polyurethanformteilen, Bauteilen unter Verwendung von Polyurethan, Polyurethanblöcken in Kastenformen oder zum Ausschäumen von Hohlräumen mit Polyurethan, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 200 kg oder mehr je Stunde beträgt
		169	7.5 (2)	Anlagen zum Räuchern von Fleisch- oder Fischwaren mit einer Produktionsleistung von weniger als 75 Tonnen geräucherten Waren je Tag, ausgenommen – Anlagen in Gaststätten, – Räuchereien mit einer Räucherleistung von weniger als 1 Tonne Fleisch- oder Fischwaren je Woche und – Anlagen, bei denen mindestens 90 % der Abgase konstruktionsbedingt der Anlage wieder zugeführt werden
		170	7.20 (2)	Anlagen zum Trocknen von Braumalz (Malzdarren) mit einer Produktionsleistung von weniger als 300 Tonnen Darrmalz je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		171	7.27 (1+2)	Brauereien mit einem Ausstoß von 200 Hektoliter Bier oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert und (Melasse-) Brennereien
		172	7.28 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Speisewürzen aus tierischen oder pflanzlichen Stoffen unter Verwendung von Säuren

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
VI	200	173	7.32 (1+2)	Anlagen zur Behandlung oder Verarbeitung von Milch sowie Anlagen mit Sprühtrocknern zum Trocknen von Milch, Erzeugnissen aus Milch oder von Milchbestandteilen, soweit 5 Tonnen Milch oder mehr je Tag als Jahresdurchschnittswert eingesetzt werden
		174	7.33 (2)	Anlagen zum Befeuchten von Tabak unter Zuführung von Wärme, oder Aromatisieren oder Trocknen von fermentiertem Tabak
		175	8.1 (1) b)	Verbrennungsmotoranlagen für den Einsatz von Altöl oder Deponiegas mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 Megawatt oder mehr
		176	8.12 (1+2) a) und b)	Geschlossene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen, mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr
		177	8.13 (1+2)	Geschlossene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Schlämmen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 150 Tonnen oder mehr
		178	8.14 (1+2) a) und b)	Geschlossene Anlagen zum Lagern von Abfällen, soweit in diesen Anlagen Abfälle vor deren Beseitigung oder Verwertung jeweils über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr gelagert werden
		179	10.8 (2)	Anlagen zur Herstellung von Bautenschutz-, Reinigungs- oder Holzschutzmitteln sowie von Klebmitteln ausgenommen Anlagen, in denen diese Mittel ausschließlich unter Verwendung von Wasser als Verdünnungsmittel hergestellt werden, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		180	10.10 (1) 10.10 (2) a) und b)	Anlagen zur Vorbehandlung > 10 t/d (Waschen, Bleichen, Mercerisieren) oder zum Färben ab 2 t/d von Fasern oder Textilien auch unter Verwendung von Chlor oder Chlorverbindungen oder von Färbebeschleunigern einschließlich der Spannrahmenanlagen
		181	-	Anlagen zur Herstellung von Bolzen, Nägeln, Nieten, Muttern, Schrauben, Kugeln, Nadeln oder ähnlichen metallischen Normteilen durch Druckumformen auf Automaten sowie Automatendrehereien (*)
		182	-	Anlagen zur Herstellung von kaltgefertigten nahtlosen oder geschweißten Rohren aus Stahl (*)
		183	-	Anlagen zum automatischen Sortieren, Reinigen, Abfüllen oder Verpacken von Flaschen aus Glas mit einer Leistung von 2500 Flaschen oder mehr je Stunde (*)
		184	-	Maschinenfabriken oder Härtereien
		185	-	Pressereien oder Stanzereien (*)
		186	-	Schrottplätze bis weniger als 1.000 m² Gesamtlagerfläche
		187	-	Anlagen zur Herstellung von Kabeln
		188	-	Anlagen zur Herstellung von Möbeln, Kisten und Paletten aus Holz und sonstigen Holzwaren
		189	-	Zimmereien (*)
		190	-	Lackierereien mit einem Lösungsmitteldurchsatz bis weniger als 25 kg/h (z.B. Lohnlackierereien)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
VI	200	191	-	Fleischzerlegebetriebe ohne Verarbeitung
		192	-	Anlagen zum Trocknen von Getreide oder Tabak unter Einsatz von Gebläsen (*)
		193	-	Mühlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 100 Tonnen bis weniger als 300 Tonnen Fertigerzeugnissen je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert (s. auch lfd. Nr. 65)
		194	-	Brotfabriken oder Fabriken zur Herstellung von Dauerbackwaren
		195	-	Milchverwertungsanlagen ohne Trockenmilcherzeugung
		196	-	Autobusunternehmen, auch des öffentlichen Personennahverkehrs (*)
		197	-	Anlagen zum Be- oder Entladen von Schüttgütern bei Getreideannahmestellen, soweit weniger als 400 t Schüttgüter je Tag bewegt werden können
		198	-	Anlagen zur Herstellung von Anstrich- oder Beschichtungsstoffen (Lasuren, Firnis, Lacke, Dispersionsfarben) oder Druckfarben unter Einsatz von bis zu 25 t je Tag an flüchtigen organischen Verbindungen
		199	-	Kart-Anlagen sowie Modellsportanlagen in geschlossenen Hallen

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
VII	100	200	7.12 (1)	Kleintierkrematorien (s. auch lfd. Nr. 19)
		201	8.1 (2) b)	Verbrennungsmotoranlagen für den Einsatz von Altöl oder Deponiegas mit einer Feuerungswärmeleistung bis weniger als 1 Megawatt
		202	8.9 (2) c)	Anlagen zur Behandlung von Altautos mit einer Durchsatzleistung von 5 Altautos oder mehr je Woche
		203	-	Anlagen zum Schmelzen, zum Legieren oder zur Raffination von Nichtisenmetallen (s. auch lfd. Nrn. 93 und 163)
		204	-	Betriebe zur Herstellung von Fertigerichten (Kantinendienste, Catering-Betriebe)
		205	-	Schlossereien, Drehereien, Schweißereien oder Schleifereien
		206	-	Anlagen zur Herstellung von Kunststoffteilen ohne Verwendung von Phenolharzen
		207	-	Autolackierereien, einschl. Karosseriebau, insbesondere zur Beseitigung von Unfallschäden
		208	-	Tischlereien oder Schreinereien
		209	-	Holzpelletieranlagen/-werke in geschlossenen Hallen
		210	-	Steinsägereien, -schleifereien oder -polierereien
		211	-	Tapetenfabriken, die nicht durch lfd. Nrn. 108 und 109 erfasst werden
		212	-	Fabriken zur Herstellung von Lederwaren, Koffern oder Taschen sowie Handschuhmachereien oder Schuhfabriken
		213	-	Anlagen zur Herstellung von Reißspinnstoffen, Industriewatte oder Putzwolle
		214	-	Spinnereien oder Webereien
		215	-	Kleiderfabriken oder Anlagen zur Herstellung von Textilien
		216	-	Großwäschereien oder große chemische Reinigungsanlagen
		217	-	Betriebe des Elektrogerätebaus sowie der sonstigen elektronischen oder feinmechanischen Industrie
		218	-	Bauhöfe
		219	-	Anlagen zur Kraftfahrzeugüberwachung
		220	-	Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten
		221	-	Anlagen zur Runderneuerung von Reifen soweit weniger als 50 kg je Stunde Kautschuk eingesetzt werden (s. auch lfd. Nr. 138)